

Unternehmen

Investorensuche für Wadan-Werften

Schwerin – Nach der Insolvenz der Wadan-Werften in Wismar und Warnemünde hat die Landesregierung mit der Suche nach Investoren begonnen. Wie *NDR 1 Radio MV* berichtete, gab es im Schweriner Wirtschaftsministerium bereits erste Gespräche mit der Bremer Hegemann-Gruppe, zu der auch die Stralsunder Volkswerft und die Peene-Werft in Wollgast gehören. Die Arbeit auf der Werft geht unterdessen weiter. Am Samstag wurde die erste von zwei im Bau befindlichen Ropax-Fähren kurzzeitig zu Wasser gebracht. Die für die schwedische Reederei Stena Line bestimmten Schiffe sind mit je 5500 Lademetern und Platz für 1200 Passagiere die größten Fähren der Welt.

Die Wadan-Geschäftsführung hatte nach monatelangen Finanzierungs- und Auftragsproblemen am Freitag einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Grund sei die Zahlungsunfähigkeit „infolge ungeklärter Fragen auf Gesellschafterebene“. Die Landesregierung hofft auf einen Neustart für die seit einem Jahr mehrheitlich in russischer Hand befindlichen Schiffbaubetriebe mit einem neuen Investor und einem neuen Konzept. (Kommentare) *ddp*

NOBISKRUG

Hilfe von Thyssen-Krupp

Rendsburg/Kiel – Die von der Insolvenz bedrohte Nobiskrug-Werft in Rendsburg kann vorerst weiterarbeiten. Der ehemalige Mutterkonzern Thyssen-Krupp und Banken haben nach Informationen aus Verhandlungskreisen eine unterschriftsreife Übereinkunft getroffen, die die Liquidität sichert. Nobiskrug war 2008 vor allem durch die Fehlkalkulation bei der Restaurierung eines historischen Schiffes in die Verlustzone geraten. Thyssen-Krupp beschloss daraufhin, die Werft zu verkaufen. Im April wurde Nobiskrug von dem Finanzinvestor Eagle River Capital übernommen. *dpa*

AMAZON

Stärkste Marke

Düsseldorf – Das Online-Portal Amazon ist inzwischen die stärkste Marke im deutschen Einzelhandel. Dahinter rangieren der Discount-Supermarkt Aldi und die Möbelhaus-Kette Ikea, wie aus einer Studie der Unternehmensberatung BBDO hervorgeht. Tchibo, bei der letz-



Amazon verdrängte die Top-Marke Tchibo von Platz eins. Foto: ddp

ten Studie vor zwei Jahren noch die Top-Marke, rutschte auf den vierten Platz ab. Dahinter folgten die Drogeriekette dm, die Elektrohändler Saturn und Media Markt sowie die Bekleidungskette C&A. Zu den Verlierern zählt unter anderem der Discounter Lidl. *AFP*

AIR BERLIN

Großaktionär an Bord

Berlin – Bei der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin soll der Vertreter des neuen türkischen Hauptaktionärs Esas als Mitglied des Aufsichtsrats bestätigt werden. Das geht aus einer Zusatzunterlage zur Hauptversammlung an diesem Mittwoch hervor. Der Esas-Manager Ali Sabanci war am 8. Mai berufen worden, muss aber noch von der Hauptversammlung wiedergewählt werden. Der Einstieg der ESAS Holding bei Air Berlin war Ende März verkündet worden. *dpa*

DEUTSCHE POST

Flatrate für Briefe

Düsseldorf – Die Deutsche Post denkt über die Einführung einer Flatrate für Briefe nach. Gegen einen jährlichen Fixbetrag könnten die Bundesbürger dann unbegrenzt Briefe versenden. Ein Postsprecher erklärte am Sonntag dazu, dass es sich dabei aber lediglich um eine von vielen Überlegungen der Post handle. Das Briefvolumen gehe „Jahr für Jahr um zwei Prozent zurück“, hatte der für das Briefgeschäft zuständige Post-Vorstand Jürgen Gerdes erst kürzlich gesagt. Deshalb prüft das Management derzeit Änderungen und Sparmaßnahmen in diesem Bereich. *SZ*

FRENET

Hoffen auf Schuldenabbau

Berlin – Der Mobilfunk-Provider Freenet will durch den Verkauf der Webhosting-Tochter Strato seine Schuldenlast deutlich reduzieren. Freenet rechne mit einem Erlös von 300 bis 400 Millionen Euro, schreibt *Die Welt* unter Berufung auf Unternehmenskreise. „Damit könnte bei Freenet sogar wieder die Dividendenfähigkeit hergestellt werden“, zitiert die Zeitung aus dem Unternehmen. Durch die Übernahme von Debitel im vergangenen Jahr hat Freenet einen Schuldenberg von knapp 1,3 Milliarden Euro aufgetürmt. Nun will man sich auf das Mobilfunkgeschäft konzentrieren. *dpa-AFX*

Nicht nur Deutschland zahlt

Opel muss mit einem Teil der Staatsgelder neue Produktionen im Ausland finanzieren. Auch England und Spanien wollen helfen

Von Harald Schwarz

Frankfurt – An diesem Dienstag schaut Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) wieder einmal am Stammsitz Rüsselsheim des angeschlagenen Autoherstellers Opel vorbei. Geplant sind Gespräche mit der Geschäftsleitung und die Teilnahme an einer Sitzung des Betriebsrats. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, was Koch danach sagen wird. Er wird Optimismus demonstrieren und betonen, dass mit der Rettungsaktion und der Brückenfinanzierung von 1,5 Milliarden Euro die Basis für einen erfolgreichen europäischen Autokonzern gelegt worden sei. Das muss Koch auch tun, denn schließlich ist Hessen mit 450 Millionen Euro an der Nothilfe beteiligt, mit der eine Opel-Pleite an Pfingsten verhindert und ein mögliches Bündnis mit dem österreichisch-kanadischen Autzulieferer Magna und der russischen Sberbank auf den Weg gebracht wurde.

Optionen für Bochum

Kochs Kollege aus Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers (CDU), besuchte „sein“ Opel-Werk in Bochum bereits vorige Woche. Er lotete dort die Stimmung aus und sagte: „Wir werden um die Arbeitsplätze kämpfen.“ 1800 der 5000 Stellen in Bochum sind gefährdet. Das liegt aber nicht allein an den Magna-Plänen. Denn im Werk Bochum gibt es nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* noch „einen Anpassungsbedarf beim Personal aus früheren Verträgen zur Restrukturierung von Opel“. Dabei gehe es um „mehrere hundert Arbeitsplätze“. Sie würden also auch ohne einen Investor Magna noch wegfallen, weil dies vor ein paar Jahren so vereinbart wurde. Ein Firmensprecher und der Gesamtbetriebsrat von Opel bestätigten diese Informationen. In Bochum soll künftig exklusiv das Modell Zafira gebaut werden. Über die Fertigung eines weiteren Wagens dort ist noch nicht entschieden. Der Betriebsrat sieht zudem noch die „Option“ zur Ansiedlung von Zulieferindustrien, womit die Folgen des Stellenabbaus möglicherweise abgemildert werden könnten.

Dass zunächst Geld aus der Brückenfinanzierung auch an ausländische Standorte fließt, ist nach der Neugestaltung der Adam Opel GmbH durch die Übertragung von Werken des insolventen US-Mutterkonzerns General Motors (GM) kaum verwunderlich. Damit der deut-



Auch eine Woche nach der staatlichen Rettung von Opel sind viele Fragen ungeklärt. Im Bild das Firmenlogo hinter Deutschlandflaggen in Berlin. Foto: Reuters

Alle sollen Opfer bringen

Das Land Niedersachsen stellt Modell für Conti-Schaeffler vor

München – Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat ein Modell für die Zukunft der Automobilzulieferer Schaeffler und Continental vorgestellt. Alle Seiten, die Eigentümer, die Banken, der Staat und die Mitarbeiter müssten „etwas bringen“, sagte Wulff dem Nachrichtenmagazin *Focus*. Wenn sich ein künftiges „Konglomerat Conti-Schaeffler“ auf ein tragfähiges Gesamtkonzept einigen, werde eine Bürgerschaft zur Hälfte aus dem Deutschlandfonds und zur Hälfte von den Standortländern finanziert. Die Beiträge der Länder sollten sich nach der Lohnsumme verteilen, sagte Wulff. Das größte Lohnaufkommen liege in Bayern, gefolgt von Hessen und Niedersachsen. „Wenn das Konzept zukunftsfähig ist, werden wir eine Bürgerschaft prüfen, um das Projekt zu unterstützen“, sagte Wulff.

Stellenabbau geht weiter

Wulff erklärte weiter: „Wenn die Schaeffler-Gruppe unter das Dach von Conti geht, kann die Aktie ohne großen Aufwand Wert aufholen.“ Es gehe um die Kapitalmarktbarkeit des Unternehmens. Die Probleme seien beherrschbar, wenn die Aktien „wieder einen Wert von

50, 60 Euro oder mehr“ hätten. Die Schaeffler-Gruppe würde allerdings dann nicht 90 Prozent der Continental-Anteile behalten, sondern deutlich weniger. Wenn sich der Kurs erholt habe, könne durch den Verkauf von Aktien neues Kapital hereinkommen.

Bei Conti stehen indessen in Deutschland zweieinhalbtausend Stellen auf der Kippe. Eine Conti-Sprecherin sagte am Samstag, es gebe Planungen für den Abbau von zehn Prozent der Arbeitsplätze in der Automobiltechnik-Sparte, die in Deutschland 27 000 Beschäftigte hat. Die Pläne betreffen Produktion, Verwaltung und Entwicklung. „Es können auch weniger werden, wenn es uns gelingt, die Kosten anderweitig zu senken“, sagte die Sprecherin weiter. Conti-Chef Karl-Thomas Neumann hatte nach einem herben Verlust im Auftaktquartal eine Verschärfung des Sparkurses angekündigt.

Für die von der Schließung eines Werks in Frankreich betroffenen 1120 Beschäftigten hat Conti inzwischen einen Sozialplan vereinbart. Sie sehe eine Einmalzahlung von 50 000 Euro pro Person vor. Die Pkw-Reifen-Produktion in der Fabrik in Clairoux werde nicht wieder aufgenommen. *ddp/Reuters/dpa*

Hilfe aus der Wüste

Das Emirat Katar will beim Autokonzern Porsche einsteigen

Von Dagmar Deckstein

Stuttgart – Die Chancen, dass Porsche schon bald sein drückendes Schuldenproblem lösen kann, sind offenbar gestiegen: Das Wüsten-Emirat Katar ist angeblich bereit, Porsches Optionspaket über weitere 24 Prozent Anteile am VW-Konzern zu übernehmen. Daraus, dass der Sportwagenhersteller seit geraumer Zeit mit arabischen Investoren verhandelt, hat Porsche bisher keinen Hehl gemacht. Auch hatte der Emir von Katar erst kürzlich erneut bekräftigt, man sei an einer Beteiligung an einem deutschen Autohersteller, auch an Porsche, interessiert. Über den konkreten Stand der Verhandlungen war keine offizielle Stellungnahme zu erhalten; aus Porsche-Kreisen war aber zu erfahren, dass sich die Verhandlungen auf einem guten Wege befänden.

Einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Focus* zufolge würden derzeit zwei Beteiligungsvarianten diskutiert. Zum einen könnte Katar das Optionspaket von Porsche übernehmen, womit Volkswagen neben Porsche und dem Land Niedersachsen einen weiteren Großaktionär bekäme. Zum anderen bestünde für Katar auch die Option, sich an der Porsche-Hol-

ding SE zu beteiligen, die 51 Prozent an VW hält. Diese Variante sei aber komplizierter. In beiden Fällen würde Porsche einen Großteil seiner derzeit neun Milliarden Euro Schulden los, die im Januar durch die Übernahme von weiteren acht Prozent an VW entstanden waren. Der niedersächsische Ministerpräsident und VW-Aufsichtsrat Christian Wulff (CDU) hat keine Einwände gegen einen Einstieg des Emirs. „Ich habe von Anfang an auch dieses Modell in Betracht gezogen. Ein Investor würde Porsche deutlich entlasten und auch den Eigentümerfamilien helfen“, so Wulff. In zwei, drei Wochen müsse klar sein, ob Porsche und VW zu einem strategischen Konzern zusammenwachsen oder ob die Porsche-Holding selbständig bleibe. „Dann müssen sie ihre Probleme allerdings auch alleine lösen. Porsche braucht VW und nicht umgekehrt.“

VW-Arbeitnehmervertreter verlangten indessen, in die Verhandlungen einbezogen zu werden, erklärte der Sprecher des VW-Konzernbetriebsrates, Gunnar Kilian. Wer Anteilseigner bei VW werde, habe Verantwortung für über 360 000 Beschäftigte. Das müsse Katar vor einer Entscheidung bewusst sein.

Den Neustart muss Opel nach dem Willen von Magna mit nur wenig Eigenkapital wagen. Schon vor Pfingsten war in Berlin durchgesickert, dass Magna und die Sberbank zunächst lediglich 100 Millionen Euro zuschießen möchten. Bei weiteren 400 Millionen Euro handelt es sich um zinslose und durch Sicherheiten gedeckte Wandelanleihen, die schrittweise in den nächsten Jahren in Eigenkapital umgewandelt werden können. Der Neustart von schmaler Basis aus war bereits vor der Rettungsaktion vor Pfingsten durchgesickert. Kaum beachtet wurde dies wegen der erregten öffentlichen Debatte über die angeblich zusätzliche Forderung von 300 Millionen Euro von GM für die Opel-Brückenfinanzierung. Fakt ist, dass es aber nicht um eine Zusatzforderung ging, sondern darum, dass die 300 Millionen Euro sofort zur Verfügung stehen mussten. Ansonsten wäre Opel am Pfingstmontag Pleite gegangen, also an jenem Tag, als GM in den USA unter Gläubigerschutz flüchtete nach Kapitel 11 des amerikanischen Insolvenzrechts.

Noch mehr Bürgschaften

Bayern treibt Übernahme von Rosenthal durch Italiener voran

München – Der Freistaat Bayern ist offenbar bereit, den angeschlagenen Porzellanhersteller Rosenthal finanziell stärker zu unterstützen. Kurz bevor die Verhandlungen über die Zukunft in die entscheidende Phase gehen, hat der Freistaat Medienberichten zufolge seine bislang in Aussicht gestellte Hilfe von zehn Millionen Euro um eine zweistellige Millionen-summe aufgestockt. Demnach könnte die staatliche LfA-Förderbank eine Ausfallbürgschaft über acht Millionen Euro übernehmen, das bayerische Wirtschaftsministerium erwäge einen Beitrag von etwa fünf Millionen Euro und zusätzliche Millionenbürgschaften. Damit wird eine Übernahme der Rosenthal AG durch die italienische Sambonet-Paderno-Gruppe wahrscheinlicher. Seit vergangenen Herbst schon verhandelt sie mit Rosenthal. Zuletzt stand ein Kaufpreis von 50 Millionen Euro im Raum. Sambonet wollte 19 Millionen Euro an Eigenkapital beisteuern. Doch die Italiener sollen nach Informationen aus Branchenkreisen Schwierigkeiten haben, eine Finanzierung für das Rosenthal-Geschäft auf die Beine zu stellen.

Erstmals sprach sich Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil klar für eine Übernahme durch die Sambonet-Gruppe aus. Sie wäre „als leistungsstarkes, innovatives Unternehmen ein hervorragender Partner“. Bislang hatte sich der Freistaat vorsichtig verhalten: Die Bayern-LB wollte 20 Millionen Euro zu dem Geschäft beisteuern und sich für weitere zehn Millionen Euro eine Konsortialbank suchen. Dann reduzierte die Bank, selbst durch Wertpapierzockerei kurz angeschlagen, ihr Engagement schwerkfristig auf zehn Millionen Euro.

Wirtschaftsminister Zeil betonte, dass der Insolvenzverwalter Volker Böhm und das Wirtschaftsministerium Gespräche mit „allen Beteiligten“ führen. Neben Sambonet gibt es nach Böhm Angaben „drei weitere ernsthafte Interessenten“. Die Zeit drängt: Am 10. Juni treffen sich Insolvenzverwalter Böhm und Vertreter des Hauptgläubigers, der Bank of America. Das Kreditinstitut hat bereits gedroht, Liquidität aus dem Unternehmen abzuziehen. *vbe*

Verkauf von Chrysler an Fiat verzögert sich

Washington – Der geplante Verkauf des insolventen US-Autobauers Chrysler an eine Gruppe unter der Leitung des italienischen Herstellers Fiat verzögert sich. Pensionsfonds aus dem US-Bundesstaat Indiana, bei denen Chrysler mit 42 Millionen Dollar in der Kreide steht, legten am Sonntag erneut Berufung gegen den Verkauf des Chrysler-Kerngeschäfts ein. Damit muss nun das Oberste US-Gericht über den Streit entscheiden. Zuständig für die Zulassung der Eilklage beim Supreme Court ist Richterin Ruth Bader Ginsburg. Sie kann entweder allein entscheiden oder den Fall an den Obersten Gerichtshof weitergeben. Der Verlauf des Verfahrens könnte auch für den ebenfalls insolventen Autokonzern General Motors wegscheidend sein. Auch GM will sich unter Gläubigerschutz sanieren.

Im Fall von Chrysler werfen die drei Pensionsfonds dem US-Finanzministerium vor, mit Hilfspgeldern aus dem Banken-Rettungspaket für den Autobauer Kompetenzen überschritten zu haben. Außerdem seien im Insolvenzverfahren Inhaber von besicherten Anleihen im Vergleich zu den Gewerkschaften zu schlecht behandelt worden. Ein US-Berufsgericht in New York hatte diese Vorwürfe am Freitag zurückgewiesen, den Vollzug der Transaktion aber bis Montag ausgesetzt. Fiat kann aus dem Geschäft aussteigen, wenn der Verkauf nicht bis 15. Juni geregelt ist. *Reuters*

Mobile Glücksritter

Das iPhone ist ein großer Erfolg für den Computerkonzern Apple. Davon profitieren auch die Entwickler von Software für das Handy

Von Thorsten Riedl

München – Holger Frank hatte mal ein ganz normales Berufsleben. Er war angestellt, entwickelte Software für eine Telefongesellschaft. Dann kam das iPhone – und warf alles um. Aus Experimentierfreude schrieb Frank im vergangenen Herbst noch während seines Jobs ein Programm für das erste Handy von Apple. Über den Apple-eigenen Verkaufskanal App-Store bot er es zum Kauf. Seither steht seine Software „Mobile Butler“ in den Charts ganz oben – und Frank schickte seinem Arbeitgeber die Kündigung. „Ich kann von den Einnahmen leben“, sagt er und schreibt nun hauptberuflich iPhone-Software, auch für andere. Er ist im mobilen Goldrausch, den Apple ausgelöst hat, ein Goldgräber. „Sagen wir: ein Hersteller von Spitzhacken – denn der Boden ist härter geworden“, so Frank.

An diesem Montag treffen sich in San Francisco Programmierer auf der Entwicklerkonferenz von Apple. Erwartet werden Infos zur aktuellen Version des iPhone-Betriebssystems – und Apple-Jünger hoffen auf ein neues iPhone. Weltweit gibt es nun 21 Millionen iPhone-Geräte. Es ist das erste vom Computerhersteller selbst entwickelte Mobiltelefon.

Vor zwei Jahren hat es Apple-Chef Steve Jobs vorgestellt. Noch immer inspiriert es mit der einfachen Bedienung per Fingerzeig und dem minimalistischen Design die Mobilfunkbranche. Dazu müssen 16 Millionen iPod-Touch-Musikspieler gezählt werden, bis auf Telefon- und Navigationsfunktion dem iPhone gleich. Zusammen kommt man also auf 37 Millionen Apple-Geräte, auf denen der App-

Store als Zugang zu einer riesigen Softwarewelt dient, auf 37 Millionen mögliche Kunden für die Entwickler. Von der Wetterprognose, dem Kalorienzähler oder TV-Programm über Rätsel- und Rennspiele hin zur Simulation eines Rasierapparates ist Sinnvolles, Unterhaltsames und Unnützes zu finden. Die Hälfte kostet nichts, der Rest ist günstig, in der Regel zwischen 0,79 und 7,99 Euro. Die Programmierer erhalten 70 Prozent der Erlöse, der Rest geht an Apple. So wenig Geld – und fast ein Drittel an Apple?

Klingt nicht sehr interessant, doch weit gefehlt. Beispiel *Tipulator*: Sophia Teutschler hat sich wie Frank auf iPhone-Programme spezialisiert und die kleine Anwendung entwickelt. Die Software berechnet bei Eingabe eines Rechnungsbetrages das Trinkgeld und kostet 1,59 Euro. Apple bewarb *Tipulator* in den USA und Großbritannien sogar in einem Fernsehspot. „Obwohl die Applikation nur etwa zehn Sekunden gezeigt und namentlich gar nicht genannt wurde, waren die Auswirkungen auf die Verkaufszahlen enorm“, sagt Teutschler. Ihre Einnahmen über den App-Store schnellten auf 3000 Euro hoch – täglich.

Der Abschied aus dem Angestellten-dasein oder das schnelle Geld in kurzer Zeit: Es sind solche Geschichten, die den Mythos vom iPhone-Goldrausch nähren. Wie bei der Nuggetjagd am Klondike im 19. Jahrhundert kann auch heute jeder mitmachen – obschon Apple sich gut entlohnen lässt. Die Software, um Programme für den App-Store zu erstellen, lässt sich zunächst gratis aus dem Netz laden. „Installieren und loslegen – es ist wirklich so einfach“, sagt Frank. Wer seine Ideen verkaufen will, zahlt jährlich 70 Euro an Apple. Dazu kommen noch ein iPhone oder iPod Touch zum Testen und ein Apple-Computer, denn nur auf ihm läuft die Entwicklungssoftware. Alles in allem eine Investition von günstigenfalls 1000 Euro.

Dem Erfolg tut das keinen Abbruch: Seit dem Start des App-Stores im vergangenen Juli sind fast 50 000 Anwendungen entwickelt worden. Die iPhone- und iPod-Besitzer laden im Schnitt 60 Programme pro Sekunde auf ihre Geräte, insgesamt mehr als eine Milliarde. Und an jeder gekauften App verdient Apple mit. Einzeln weist der

Konzern die Erlöse nicht aus, aber in dem Bereich, in dem Verkäufe von Musik, iPod-Zubehör und App-Store-Software verbucht sind, stieg der Umsatz um 19 Prozent auf eine Milliarde Dollar, seit es den Marktplatz gibt.

Das lockt Nachahmer an: So ist gerade der Ovi-Store von Nokia gestartet. Besitzer von Google-Handys können ebenso über einen Marktplatz Software kaufen wie Blackberry-Nutzer. Microsoft, Vodafone, Palm, Samsung und Sony-Ericsson arbeiten an Eigenem. Die Konzepte gleichen dem von Apple, bis auf eines: Die Rivalen sind bisher erfolglos. Apple weidet sich daran. Auf der Entwicklerkonferenz werden Plakate hängen mit dem Motto: „Ein Jahr später. Lichtjahre voraus.“

Apple schweigt, was in San Francisco genau passiert. Aber aller Voraussicht nach wird das neue Betriebssystem iPhone 3.0 in der finalen Version gezeigt. Teutschler will vor Ort sein. „Die neue Software reduziert die Entwicklungszeit und ermöglicht neue Anwendungen“, sagt die Entwicklerin. Für sie und Frank wird es künftig trotzdem schwerer: Während anfangs vor allem Privatpersonen vom Goldrausch profitierten, steigen nun große Softwarehäuser ein. Von Electronic Arts etwa, weltweit die Nummer zwei in der Computerspielebranche, kommen gerade sechs der 50 meistverkauften Programme im App-Store. „Es wird ruppiger“, so Frank. Den Ausstieg aus dem Job bereut er trotzdem nicht. Als Selbstständiger habe er nun mehr Zeit für seine kleine Tochter. Und ein Ende der glänzenden Verdienstmöglichkeiten sei noch nicht abzusehen. „In Nischen gibt es immer noch die Goldgräberstimmung.“



Holger Frank und Sophia Teutschler schreiben Programme für Apple. Zwar machen ihnen immer mehr große Softwarehäuser Konkurrenz, die Verdienstmöglichkeiten sind dennoch gut. Fotos: Reuters, oh

